



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 23. Juni 2023

Vorschau auf die Kantonsratsdoppelsitzung vom Montag, 26. Juni 2023

Fokusthemen: **Bildung, Entgegennahmen und GL-Geschäfte**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montagmorgen mit dem Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle in den Doppelsitzungstag starten. Nach der Diskussion über die Antworten der Regierung zu einer dringlichen Interpellation und der zweiten Lesung der PI zur Notenpflicht in Semesterzeugnissen wird der Rat zwei Fristerstreckungsgesuche und die Wahl der Mitglieder der Berufsbildungskommission und des Bildungsrates genehmigen. Nach einer Kurzdebatte zu einer Gesetzesänderung im Bereich Berufsbildung steht am Mittag eine längere Debatte zur Änderung des Fachhochschulgesetzes an.

Die Nachmittagsitzung beginnt mit Einzelinitiativen und Wahlen in Aufsichtsgremien und Gerichte. Danach stehen 15 Geschäfte auf der Traktandenliste, die als Entgegennahmen traktandiert sind und entsprechend im Schnellzugtempo behandelt werden. Im Anschluss werden zwei Anträge der Geschäftsleitung behandelt, darunter der Vorschlag für die Einführung eines Zukunftspreises. Sollte vor Sitzungsende noch Zeit bleiben, wird der Rat ein paar PI behandeln.

Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle soll genehmigt werden

Kaum umstritten sein wird die Genehmigung des Tätigkeitsberichts der Ombudsstelle für das Jahr 2022 ([KR-Nr. 184/2023](#)). Die vorberatende Geschäftsprüfungskommission (GPK) beantragt einstimmig, den Bericht zu genehmigen. Dennoch dürfte die Behandlung des Geschäfts eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen. Ratsmitglieder nehmen die Debatte erfahrungsgemäss zum Anlass, um die Arbeit des Ombudsmannes zu würdigen und sich zu verschiedenen Punkten zu äussern.

GPK-Präsident: Jean-Philippe Pinto (Die Mitte, Volketswil), 076 385 58 22

Dringende Fragen zu heilpädagogischer Früherziehung

Aufgrund des Bevölkerungswachstums aber auch verbesserter Früherkennung durch Kinderärztinnen und -ärzte werden immer mehr Kinder zur heilpädagogischen Früherziehung angemeldet. Aber die Wartelisten sind lang. SP-Kantonsrätin Carmen Marty Fässler hat deshalb dem Regierungsrat mit Unterstützung von GLP und Grünen Fragen zum Thema gestellt ([KR-Nr. 211/2023](#)). Da es sich beim Vorstoss um eine dringliche Interpellation handelt, wird die zuständige Regierungsrätin Silvia Steiner die Antworten im Rat persönlich vortragen. Mit der Diskussion im Rat ist das Geschäft erledigt.

Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil), 079 511 86 56

Schlussabstimmung zu Notenpflicht in Semesterzeugnissen

Keine lange Diskussion ist in der zweiten Lesung zur parlamentarischen Initiative (PI) «Kein Verzicht auf Schulnoten» von FDP-Kantonsrätin Astrid Furrer zu erwarten ([KR-Nr. 69/2020](#)). In der zweiten Lesung geht es meistens nur noch um formelle Präzisierungen der Redaktionskommission (REDKO), die unumstritten sind, bevor in der Schlussabstimmung abschliessend über die PI beschlossen werden kann. Der Kantonsrat hat in der ersten Lesung der PI in der von der vorberatenden Kommission geänderten Form zugestimmt. Mit der PI wird eine Änderung des Volksschulgesetzes gefordert, wonach die Beurteilung der Leistung im Semesterzeugnis zwingend durch Noten erfolgen muss.

REDKO-Präsidentin: Christa Stünzi (GLP, Horgen), 079 771 76 63

Fristerstreckung für Motionen zu besonderen Vorkommnissen an USZ-Kliniken

Rasch behandelt werden dürften die Fristerstreckungsanträge des Regierungsrates zu zwei Motionen, die eine Folge des Berichts der Aufsichtscommission für Bildung und Gesundheit (ABG) zu besonderen Vorkommnissen an mehreren Kliniken des Universitätsspitals Zürich (USZ) sind. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) beantragt dem Kantonsrat, beide Fristerstreckungen zu genehmigen. Einerseits geht es um die Entkoppelung von Universitätslehrstuhl und Klinikdirektion am USZ ([KR-Nr. 201/2022](#)), andererseits um eine Neuausrichtung des Berufungsprozesses für klinische Professuren an der Universität Zürich (UZH) ([KR-Nr. 202/2021](#)). Gemäss Regierungsrat will das USZ die zwischen der UZH und den Universitätsspitalern erarbeiteten Massnahmen zuerst anhand einer vergleichenden externen Studie zur Zusammenarbeit anderer Universitäten und Universitätsspitäler im In- und Ausland überprüfen. Diese Arbeiten seien abzuwarten, da die Zusammenarbeit zwischen UZH und USZ im gegenseitigen Einvernehmen eine unabdingbare Voraussetzung für eine zukunftsfähige Weiterentwicklung der universitären Medizin am Standort Zürich sei.

Vormaliger GPK-Präsident: Beat Habegger (FDP, Zürich), 076 383 82 35

Wahl von Berufsbildungskommission und Bildungsrat soll genehmigt werden

Unumstritten in der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) war der Vorschlag des Regierungsrates zur Wahl der Berufsbildungskommission ([5893](#)) und des Bildungsrates ([5904](#)) für die Amtsdauer 2023–2027. Die KBIK beantragt dem Kantonsrat einstimmig, beide Wahlen zu genehmigen. Die Berufsbildungskommission entscheidet über die Verwendung der Mittel des Berufsbildungsfonds. Der Bildungsrat fördert das Bildungswesen und koordiniert zwischen den Bildungsbereichen. Er nimmt zu wesentlichen bildungspolitischen Fragen Stellung, sorgt für die Information der Öffentlichkeit und erstattet über seine Tätigkeit Bericht.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

Vorgaben des Bundesgesetzes über die Weiterbildung sollen umgesetzt werden

Das Bundesgesetz über die Weiterbildung (WeBiG) ist 2017 in Kraft getreten. Um die Vorgaben des Bundes umzusetzen, hat der Regierungsrat eine Teilrevision des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Berufsbildung vorgelegt. Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die Teilrevision unverändert anzunehmen ([5804](#)). Die Förderung und der Erhalt der Grundkompetenzen werden als Spezialförderungstatbestand ins Gesetz aufgenommen. Fehlende Grundkompetenzen in Sprache, Mathematik und Anwendung digitaler Geräte betreffen etwa 15 Prozent der erwachsenen Schweizer Bevölkerung und verursachen im Kanton Zürich jährliche Folgekosten von rund 224 Millionen Franken. Zur Förderung der Grundkompetenzen kann der Kanton Angebote Dritter neu bis zu 100 Prozent unterstützen oder beim Fehlen von privaten Angeboten auch selber aktiv werden.

Vormaliger KBIK-Präsident: Christoph Ziegler (GLP, Elgg), 079 769 34 36

Änderung des Fachhochschulgesetzes soll trotz Vorbehalten zugestimmt werden

Unter der Dachorganisation ZFH (Zürcher Fachhochschule) waren bisher die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW), die Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK) und die Pädagogische Hochschule Zürich (PHZH) administrativ zusammengefasst. Seit der Inkraftsetzung des Bundesgesetzes über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG) per 1. Januar 2015 wird im schweizerischen Hochschulwesen eine neue Governance gelebt. Das Konstrukt der ZFH wird dadurch überflüssig und kann aufgehoben werden. Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt mit 12 zu 3 Stimmen, der vom Regierungsrat beantragten Änderung des Fachhochschulgesetzes unverändert zuzustimmen ([5757](#)). Die bisherigen Strukturen und Abläufe zwischen den zwei Fachhochschulen, der Pädagogischen Hochschule und der Bildungsdirektion werden im Wesentlichen beibehalten. Der Fachhochschulrat bleibt oberstes Organ aller drei Institutionen und hat hauptsächlich eine koordinierende Rolle. Die Aufgaben und Kompetenzen des Fachhochschulrates und der Hochschulleitungen müssen jedoch

teilweise an die neuen Gegebenheiten angepasst werden. Die Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit (ABG), welche die Oberaufsicht über die Hochschulen wahrnimmt, hat einen Mitbericht zu den beabsichtigten Gesetzesänderungen verfasst. Sie beanstandet die mangelnde Trennung zwischen Aufsicht (Fachhochschulrat/Bildungsdirektion), strategischer Führung und operativer Führung – ein Kritikpunkt, den bereits die Finanzkontrolle in einem Bericht ausführlich dargelegt hat. Dadurch wurde eine Diskussion angestoßen, die weit über die beabsichtigte Gesetzesrevision hinausführte. Nach langer und intensiver Debatte einigte sich die KBIK darauf, die Governance der drei betroffenen Institutionen erst im Rahmen der für Ende 2023 angekündigten neuen Eigentümerstrategie zu diskutieren. Mit dieser Begründung wird der von der SP eingebrachte Rückweisungsantrag abgelehnt. Keine Mehrheit fanden in der Kommission verschiedene Anträge für punktuelle Präzisierungen und Ergänzungen. Kontrovers diskutiert wurde beispielsweise ein Minderheitsantrag der SVP in der aktuellen Gender-Diskussionen, mit der verlangt wird, dass sich die Hochschulen an die verfassungsmässig verankerten Geschlechter halten.

Vormaliger Kommissionspräsident: Christoph Ziegler (GLP, Elgg), 079 769 34 36
Minderheit SP: Monika Wicki (SP, Zürich), 076 427 52 78
Minderheit SVP: Paul von Euw (SVP, Bauma), 079 126 91 91

Einzelinitiativen zu Gebärdensprache, Billettautomaten, Strafverfahren und Gesichtserkennung

Normalerweise zu keinen langen Debatten führt die Behandlung von Einzelinitiativen (EI), also Initiativen, die von Privatpersonen eingereicht werden. Im Rat geht es vorerst nur darum, zu ermitteln, ob eine Initiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern vorläufig unterstützt wird. Ist dies der Fall, wird sie dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag überwiesen. Anschliessend entscheidet der Rat auf Antrag der zuständigen Kommission definitiv über Annahme oder Ablehnung der Initiative. Am Montag geht es zu Beginn der Nachmittagssitzung zunächst um die Einführung der Gebärdensprache im Kantonsrat und in anderen Institutionen ([KR-Nr. 15/2023](#)). Die Initiantin begründet das mit dem in der Bundesverfassung verankerten Recht auf Information und dem Recht auf die Sprache und wird ihre Einzelinitiative im Rat persönlich vertreten. Damit die Debatte für alle zugänglich ist, wird sie in Gebärdensprache übersetzt.

Die Behandlung von vier weiteren EI erfolgt nach vier unumstrittenen Wahlgeschäften (s. unten). So fordert ein anderer Initiant, dass der Kanton per Standesinitiative im Bundesparlament verlangen soll, den Abbau von Billettautomaten für den öffentlichen Verkehr landesweit zu verbieten ([KR-Nr. 485/2022](#)). Ebenfalls per Standesinitiative will ein weiterer Initiant die Entkriminalisierung von Ehrverletzungen in der Schweiz herbeiführen; dies im Sinne der freien Meinungsäusserung und mit Verweis auf den Einsatz der Invektive als rhetorisches Mittel in der Antike ([KR-Nr. 16/2023](#)). Der gleiche Initiant fordert zudem eine Standesinitiative zur Abschaffung des Strafbefehlsverfahrens. Dieses Verfahren, mit dem die Staatsanwaltschaft ohne Gericht eine Strafe aussprechen kann, sei nur aus Spargründen eingeführt worden und führe zu vielen Fehlentscheiden ([KR-Nr. 25/2023](#)). Die letzte Einzelinitiative schliesslich beinhaltet den Auftrag an den Kanton, alle Mittel auszuschöpfen, damit die SBB keine digitale Gesichtserkennung von Personen nutzen darf ([KR-Nr. 81/2023](#)).

Unumstrittene Wahlen in Aufsichtsgremien und Gerichte

Nach der Behandlung der ersten von fünf traktandierten Einzelinitiativen wird der Kantonsrat vier unumstrittene Wahlgeschäfte behandeln. Nach der Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrates der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) ([KR-Nr. 173/2023](#)) und des Aufsichtsrates der Sozialversicherungsanstalt des Kantons Zürich (SVA) ([KR-Nr. 175/2023](#)) für die nächsten vier Jahre stehen die Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Steuerrekursgerichts ([KR-Nr. 79/2023](#)) und des Baurekursgerichts ([KR-Nr. 80/2023](#)) für die nächsten sechs Jahre an. Die Wahlvorschläge der IFK sind unumstritten und dürften entsprechend rasch behandelt werden. Einzig die Wahl der Gerichtsmitglieder und des Präsidiums des Baurekursgerichts dürfte eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen, da hierfür eine geheime Wahl vorgesehen ist.

IFK-Präsident: Markus Schaaf (EVP, Zell), 078 707 00 66

Regierungsrat will 15 Vorstösse entgegennehmen

Rasch behandeln wird der Kantonsrat am Montagmorgen 15 Vorstösse, die als Entgegennahmen traktandiert sind. Das bedeutet, dass sich der Regierungsrat bereit erklärt hat, die Vorstösse entgegenzunehmen. Der Rat muss nun darüber befinden, ob er diese diskussionslos der Regierung überweisen will. Verlangt auch nur ein Mitglied des Rates eine Diskussion, verbleibt ein solcher Vorstoss auf der Traktandenliste und der Rat muss zu einem späteren Zeitpunkt, nach einer Diskussion im Parlament, über eine Überweisung entscheiden. Ebenfalls auf der Traktandenliste bleiben Motionen, die der Regierungsrat zwar als Postulate entgegennehmen würde, mit deren Umwandlung die Erstunterzeichnenden aber nicht einverstanden sind. SP-Kantonsrätin Isabel Bartal fordert mit Unterstützung der EVP, dass der Regierungsrat prüfen soll, wie er Wahl- und Abstimmungsunterlagen besser vermitteln kann ([KR-Nr. 442/2022](#)). EVP-Kantonsrat Daniel Sommer verlangt ein befristetes Pilotprojekt für schwimmende Solarkraftwerke auf dem Zürichsee ([KR-Nr. 448/2022](#)). Diese Motion würde der Regierungsrat als Postulat entgegennehmen. Die Veloschnellroute von Feldbach nach Tiefenbrunnen thematisiert Grünen-Kantonsrat Thomas Forrer, indem er mit Unterstützung von SP, GLP und Mitte Auskunft verlangt, wann der Regierungsrat die im Velonetzplan eingetragene Route realisieren wird ([KR-Nr. 461/2022](#)). Jeannette Büsser, Kantonsrätin der Grünen, will mit Unterstützung aus der SP die Regierung beauftragen, die Grundlagen für die Einführung eines Erbteilungsamts zu schaffen ([KR-Nr. 27/2023](#)). Auch diese Motion würde die Regierung als Postulat entgegennehmen. Mit einer weiteren Motion verlangt SP-Kantonsrat Christoph Fischbach zusammen mit Mitunterzeichnenden der Grünen, EVP und AL gesetzliche Grundlagen, damit auch bei Zusatzleistungsbeziehenden die Kosten für Einzelzimmer der günstigsten Kategorie in Altersinstitutionen übernommen werden ([KR-Nr. 30/2023](#)). Die Regierung will den Vorstoss als Postulat entgegennehmen. Mitte-Kantonsrat Jean-Philippe Pinto fordert mit Unterstützung von SVP, SP, GLP, Grünen und EVP, die Vorkehrungen für eine Bahnverbindung von Uster über Volketswil nach Effretikon zu treffen ([KR-Nr. 35/2023](#)). Ein Postulat von SP-Kantonsrat Andrew Katumba, unterstützt von Grünen und EVP, zielt auf den Verzicht auf Einwegmaterialien beim Verkauf von Getränken und Esswaren zum Mitnehmen auf öffentlichem Grund ab. Der Regierungsrat solle entsprechende Vorschriften im Abfallgesetz prüfen ([KR-Nr. 70/2023](#)). Auskunft zu den Chancen und Risiken von künstlicher Intelligenz in der Bildung verlangt GLP-Kantonsrätin Sonja Gehrig ([KR-Nr. 71/2023](#)). Grünen-Kantonsrätin Karin Fehr Thoma möchte mit Unterstützung von SP und AL den Lehrberuf an der Volksschule mit Laufbahnmodellen attraktiver machen ([KR-Nr. 91/2023](#)). Mit einem ursprünglich von SP-Altkantonsrätin Sarah Akanji eingereichten Postulat, das von Grünen, EVP und AL unterstützt wird, fordert SP-Kantonsrätin Mandy Abou Shoak einen kantonalen Massnahmenplan gegen Rassismus ([KR-Nr. 92/2023](#)). SVP-Kantonsrätin Christina Zurfluh Fraefel regt mit Unterstützung von FDP und Mitte eine Neuerung bei der kantonalen Empfehlung zum Teuerungsausgleich an ([KR-Nr. 109/2023](#)). FDP-Kantonsrat André Müller möchte, unterstützt von SVP und Mitte, Gewinnausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank aus dem ordentlichen Budget nehmen und einer finanzpolitischen Reserve zuführen, damit diese Gelder zum Abbau von Schulden oder zur Steuersenkung verwendet werden ([KR-Nr. 112/2023](#)). Der gleiche Absender fordert mit Unterstützung von SVP und Mitte zudem per Motion eine Änderung in der Rechnungslegung, die die Risikolage des Kantons klar vermittelt. Der Regierungsrat will die Motion als Postulat entgegennehmen ([KR-Nr. 113/2023](#)). Dasselbe gilt für eine Motion von SVP-Kantonsrat Tobias Weidmann, der, unterstützt von FDP und Mitte, die Einführung einer kantonalen Schuldenbremse verlangt, damit Investitionen mittelfristig möglichst aus eigenen Mitteln finanziert werden können ([KR-Nr. 114/2023](#)).

Isabel Bartal (SP, Zürich), 079 400 43 49

Daniel Sommer (EVP, Affoltern am Albis), 079 223 61 62

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach) 076 576 72 72

Jeannette Büsser (Grüne, Horgen) 077/255 27 56

Christoph Fischbach (SP, Kloten) 079 400 07 23

Jean-Philippe Pinto (Die Mitte, Volketswil) 076 385 58 22

Andrew Katumba (SP, Zürich) 079 336 28 82

Sonja Gehrig (GLP, Urdorf) 079 661 51 49

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

Mandy Abou Shoak (SP, Zürich), info@justhis.ch

Christina Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil), 079 355 73 62

André Müller (FDP, Uitikon), 079 740 37 38
Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen), 079 412 59 66
Vormaliger FIKO-Präsident: Tobias Langenegger (SP, Zürich), 079 274 09 50

Herausragende Leistungen mit einem Zukunftspreis honorieren

Mit der Vorlage 5694 hat der Kantonsrat im November 2021 1 Mio. Franken für einen Zukunftspreis reserviert. Das Geld stammt aus der Jubiläumsdividende der Zürcher Kantonalbank. Die Geschäftsleitung (GL) beantragt dem Kantonsrat nun einstimmig, ein Reglement zur Vergabe des Zürcher Zukunftspreises zu erlassen und einer entsprechenden Änderung des Kantonsratsgesetzes zuzustimmen ([KR-Nr. 17/2023](#)). Die Gesetzesänderung wurde unter anderem nötig, weil im ursprünglichen Kantonsratsbeschluss nicht ersichtlich war, wer die Verwaltungskosten für die Preisvergabe trägt. Für die Honorierung stehen während maximal 20 Jahren jährlich bis 50'000 Franken zur Verfügung. Mit dem Zürcher Zukunftspreis sollen Personen und Organisationen ausgezeichnet werden, die sich mit herausragenden Leistungen und Projekten, die für Politik, Gesellschaft und nachhaltige Entwicklung des Kantons Zürich zukunftsweisend sind, verdient gemacht haben.

GL-Referent: Markus Schaaf (EVP, Zell), 078 707 00 66

Kommissionssitzungen sollen ohne Regierungsbeteiligung möglich sein

Kommissionen sollen an ihren Sitzungen beschliessen können, Beratungen vorübergehend ohne Beteiligung der Regierung und der Verwaltung durchzuführen. Dies forderte der ehemalige Mitte-Kantonsrat Lorenz Schmid, unterstützt von SP und FDP, mit einer parlamentarischen Initiative (PI). Die Geschäftsleitung (GL) beantragt dem Kantonsrat mit 9 zu 6 Stimmen, der geänderten PI betreffend Regierungsbeteiligung an Kommissionssitzungen zuzustimmen ([KR-Nr. 120/2022](#)). Eine Minderheit aus SVP und EVP beantragt, sowohl die ursprüngliche als auch die geänderte PI abzulehnen, weil sie keinen Regelungsbedarf sieht.

GL-Referent: Dieter Kläy (FDP, Winterthur), 079 207 63 22
Minderheit: Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen), 079 222 27 80

Parlamentarische Initiativen zu Jugendparlament und Steuerermässigungen

Sollte vor Ende der Sitzung noch etwas Zeit bleiben, wird der Rat ein paar parlamentarische Initiativen (PI) behandeln. Dabei geht es vorerst darum, zu ermitteln, ob eine Initiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern unterstützt wird. Ist dies der Fall, wird sie einer Kommission zur weiteren Beratung überwiesen. Auf Antrag der Kommission entscheidet der Kantonsrat dann definitiv über Annahme oder Ablehnung der Initiative. Mit einer PI verlangt SVP-Kantonsrat René Isler, dass eine Alters-Obergrenze von 18 Jahren für das kantonale Jugendparlament eingeführt wird ([KR-Nr. 369/2022](#)). Die PI wird gemeinsam mit jener von Mitte-Kantonsrätin Janine Vannaz behandelt, welche mit Unterstützung der EVP eine Erhöhung der Alters-Obergrenze von 21 auf 25 Jahre fordert ([KR-Nr. 393/2022](#)). Und CSP-Kantonsrat Beat Bloch verlangt mit einer PI, die von den Grünen und der AL unterstützt wird, eine Änderung des Steuergesetzes, damit Menschen mit geringem bis mittlerem Einkommen, die über wenig Vermögen verfügen, bei Kaufkraftverlust Ermässigungen auf den errechneten Steuerbetrag erhalten ([KR-Nr. 392/2022](#)).

René Isler (SVP, Winterthur), 079 201 53 32
Janine Vannaz (Die Mitte, Aesch), 079 665 91 71
Beat Bloch (CSP, Zürich), 079 891 95 05

*Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden.
Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.*

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:
Sylvie Matter, Kantonsratspräsidentin, 079 659 54 00
Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12